



Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quist
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II,
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zukunftsfragen

In einer Zeit, die uns deutlich das nahende Ende des Krieges zeigt, nimmt es kein Wunder, wenn sich die Frage: „Was dann?“ in den Vordergrund drängt. Alle Bevölkerungsschichten melden ihre Forderungen an den Staat, die Gesamtheit, an. Auch unsere Vertretung, die Generalkommission ist sehr wohl gewarnt und hat die notwendigen Forderungen der Regierung unterbreitet und sie der öffentlichen Besprechung übergeben. Die Form der Denkschriften ist dazu gewählt worden. Gleich uns sind aber auch die anderen Schichten auf den Plan getreten und arbeiten mit den gleichen Mitteln. Wie im ganzen Leben, müssen auch hier die Klassenunterschiede und Forderungen zutage treten. Während wir bisher in Friedenszeiten gewohnt waren, politische, sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen streng auseinanderzuhalten, die Befehlsgebung dem nachfolgt und beispielsweise den Gewerkschaften jede politische Tätigkeit untersagt, zeigt sich in diesen Denkschriften immer mehr, daß diese Art der Befehlsgebung eine glatte Unmöglichkeit ist. Dem Arbeiter war aber durch das Gesetz eine Ueberwindung der mit der Entwicklung unserer Gewerkschaften immer größer werdenden Schwierigkeiten ersichert, wenn nicht teilweise unmöglich gemacht. Das Unternehmertum ist ja nie an diese Grenze gebunden gewesen; die 6 Wirtschaftskverbände, die 1915 ihre wirtschaftlichen „Mittel“ durch die Aufstellung politischer Forderungen, Anzeigungen, zu beheben versuchten, sind ein deutlicher Beweis für diese Ausführungen.

Auch in den neueren Denkschriften des mancherlei Wirtschaftsgruppen werden wirtschaftliche Gründe zur Erhebung politischer Forderungen und umgekehrt, dienen. Ein Muster dafür ist die im Dezember 1917 an die Reichs- und die oberste Heeresleitung gerichtete Denkschrift des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller und des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. Sie ist betitelt: „Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzgebiete in das deutsche Reichsgebiet.“ Zwar ist sie „als Handchrift gebraucht“. Da sie aber die Zukunft der deutschen Eisenerzindustrie behandelt und auf Grund ihrer wirtschaftlichen Teile politische Forderungen von größter Tragweite erhebt, dadurch aber die nähere Zukunft, den Friedensschluß, die weitere Zukunft, das Leben der europäischen Völker zu beeinflussen geeignet ist, ist sie wohl wert, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Uns Metallarbeiter geht sie aber besonders deshalb an, weil wir die eigentlichen Beteiligten sind. Die Eisenindustrie ist die wichtigste Industrie, sie schafft erst die Möglichkeiten der Entwicklung der übrigen Industrien. Sie ist aber auch die Industrie, die die meisten Arbeiter beschäftigt und in Zukunft beschäftigen wird. Die Denkschrift ist auch in Massenaufgabe in den Kreisen unserer Kollegen verbreitet worden, um sie für die dort erhobenen Ziele einzuspännen. Ihre ganze Art der Beweisführung ist so gehalten, daß sie sehr wohl zu diesem Ziele gelangen kann. Das würde unserer Ansicht nach zum großen Schaden der Arbeiterschaft als Staatsbürger ausschlagen. Zwei Gesichtspunkte stehen im Vordergrund der Schrift. „Aus volkswirtschaftlichen Gründen, aus strategischen Gründen müssen wir, das heißt Deutschland, französisch-lothringischen mit dem Ertragen von Longwy-Briey einverleiben.“ Warum aus wirtschaftlichen Gründen? „Die deutschen Erzlager sind bald erschöpft.“ Der Nachweis dafür soll erbracht sein durch Gutachten und Berechnungen zweier Autoritäten auf diesem Gebiet. Danach wird im Durchschnitt die Lebensdauer des deutschen Eisenerzbaues mit 40 bis 50 Jahren angegeben. Als Grundlage dient die Ausbeute um der Stand nach 1917. Nun ist aber jedem klar, die Ausbeute als richtig vorausgesetzt, daß nach dem Kriege eine wesentliche größere Förderung eintreten muß. Jeder von uns weiß, daß das gesamte Eisenmaterial der Bahnen und öffentlichen Anlagen ungeheuer abgenutzt ist und ersetzt werden muß. Andererseits sind die Berechnungen über die „auf die Schrottschmelzung allein aufgetriebene Stahlindustrie“ nicht zutreffend. Erfahrungsgemäß hat das Eisen nach 25 bis 30 Jahren seinen wirtschaftlichen Kreislauf vollendet und kehrt als Schrott, altes Eisen, zur Hütte zurück, um neu eingeschmolzen und zu Stahl verarbeitet zu werden. Nun fällt aber das Stahlerzeugnis der Kriegsjahre zum größten Teil fort, da es in Form von kleinen Splintern auf allen Kriegsschauplätzen der Erde, am Grunde aller Meere usw. liegt. Es dreht sich dabei um ungeheure Mengen verarbeiteten Rohstoffs, die unbedingt verloren sind, für die auch kein Ersatz zu schaffen ist. Die Versorgung stellt sich also noch ungünstiger als die Denkschrift sagt. Es wäre demnach eine trübselige Aussicht für die Industrie, das heißt für die Arbeiter, wenn diese Voraussetzungen zuträfen. „Wenn es wahr ist, daß Zahlen reden, so sprechen obige Ziffern eine grausame Wahrheit; sie sagen in dünnen Worten, daß Deutschland in etwa vier Jahrzehnten am Ende seiner heimischen Versorgung, also am Ende seiner Eisenerzkräfte angelangt ist, daß Deutschland also nach dem Jahre 1917 sich gegen seine Feinde mit demselben Eisen nicht mehr zur Wehr setzen kann und dann dem Untergang geweiht ist.“

Als Zahlen der Denkschrift als richtig vorausgesetzt — sie nachzuprüfen und das Gegenteil zu beweisen, wird ja lange Zeit dauern und ist im Augenblick kaum möglich — erhebt sich doch die Frage: Sind die an diese Aussicht geknüpften Forderungen derart, daß sie die Aussicht verbessern? Und das ist erwidern zu bestritten. Nach mancherlei Wertberechnungen heißt es: „Nebenfalls würde uns die durch Krieg und Longwy vergrößerte Erzgrundlage auf ein Jahrhundert die Zukunft der Eisenindustrie sichern.“ Auf keinen Fall würde also die Verlässlichkeit länger als ein Jahrhundert dauern und dann die deutsche Industrie vor genau dem gleichen Schicksal stehen. Da die Schrift agitatorischen Zwecken dient, braucht man die Zahl nicht genau zu nehmen. Wenn aber das jetzige deutsche Erz 40 bis 50 Jahre hält, das Erz der Lothringischen Gebiete diese Zeit nur um 50 Jahre verlängert — und das ist der günstigste Fall — so ist damit ja kaum viel gewonnen, wenn man die Kosten des Erwerbs in Rechnung stellt. Zunächst wird ja auch die Zahl eingeschränkt durch den Abbau. Die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlherstellung ist mit Riesenschritten vor sich gegangen und wird noch weiter gesteigert werden. Sie hat neue

Erzgebiete einverleibt, so wird die bisherige Ausbeutungsmenge nicht eingehalten, sondern genau wie im alten Erzgebiet von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Die jetzige Wirtschaftsweise ist zu allen Zeiten als ein Raubbau an den Naturgütern, nur geleitet von der Profitgier, geführt worden. In die Zukunft der Volkswirtschaft haben die Nutznießer des Privateigentums noch nie gedacht. Daß sie jetzt damit kommen, ist schon recht verdächtig. Theorie und Praxis sind bei unsern Kapitalisten noch nie eins gewesen. Ihre ganze Geschichte von der Uebernahme der Abbaurechte vom Staate an beweist, daß die Vorsorge für die Zukunft noch nie eine Rolle bei ihnen gespielt hat, wenigstens nicht in dem Sinne, daß die Ausbeutung vorhandener Naturgüter deswegen eingeschränkt worden wäre. So würden auch die verschiedenen Millionen Tonnen Erzvorkommen in französisch-lothringischen unter der geleiteterten und weiter zu freigegeben deutschen Ausbeute nach kurzer Zeit nicht mehr reichen und unsere Schwerindustriellen sähen sich nach weiteren Gebieten um.

Die wichtigste Frage bleibt aber doch ungewiss, die nach den Kosten einer solchen Erwerbung. Die gleichen Herren aber, die sonst im Leben zuerst fragen: „Söhnen sich auch die vorausgabter Kapitalisten?“ gehen in der Denkschrift mit keinem Worte auf diese Seite der Sache ein. Wohl suchen sie mit phantastischen, ins Ungeheure gesteigerten Zahlen, indem der Wert der Tonne Roheisen im Wert fertigen Produkts, zum Beispiel Schrauben, berechnet wird, dem Leser einen Begriff von der Größe des volkswirtschaftlichen Wertes der zu annectierenden Länder zu geben. Sie selbst sollten aber wissen, daß man dem deutschen Leser auch mit Milliarden fiktiver Vermögen nicht mehr imponieren kann, seit er mit Hunderten Milliarden wirklicher Schulden zu rechnen gelernt hat. Aber selbst wenn diese Vermehrung, in Zahlen angegeben, stimmte, fragen wir uns doch, wieviel der Erwerb kosten wird. In diesen Blättern wurde vor einiger Zeit einmal nachgelegt, warum das Deutsche Reich nicht auf Elsaß-Lothringen verzichten könne, 75 v. H. unserer Erzförderung stammten daher. Longwy-Briey liefert aber 80 v. H. des französisch-Lothringischen Erzverbrauches. Und wenn Elsaß-Lothringen das Rückgrat der deutschen Erz- und Eisenindustrie ist, so französisch-lothringischen das unserres westlichen Nachbarn. Der wechselseitige Besitz dieser beiden Gebiete ist also eine Lebensfrage der beiden Reiche. Sie würden also um den Besitz dieser Gebiete bis zum Weißbluten kämpfen müssen. Erst in diesen Tagen erfahren wir, daß im März ausgebrochene Friedensverhandlungen am dem Verzicht Frankreichs auf das noch erst zu erobernde Elsaß-Lothringen gescheitert sind. Um wieviel würde der Krieg verlängert, wenn den deutschen Schwerindustriellen ihr Wunsch erfüllt werden sollte? Wie die Desannexion Elsaß-Lothringens zu den unmittelbaren Kriegsursachen des jetzt todbenen Krieges gehört, würde die Annexion französisch-lothringens wieder uns, noch unseren Nachfahren Ruhe im Frieden gewähren? Eine ungeheure Verschärfung des Revanchegedankens wäre die unausbleibliche Folge. Dementsprechend würden die belagernden Rüstungen ins Endlose weiter getrieben und nach verhältnismäßig kurzer Zeit würde eine Wiederholung des jetzigen Krieges kommen. Dieses trübe Bild der ferneren Zukunft wird nicht gemildert durch das der nahen. Nehmen wir an, der Krieg würde auch nur um drei Monate zur Erreichung dieses Zieles verlängert, so wären, abgesehen von den etwa 10 Milliarden Geldkosten, die Verluste an Menschen schon so groß, daß auch keine Neuerwerbung von Land sie gut zu machen imstande wäre. Den Krieg im jetzigen Tempo auch nur um einen Tag zu verlängern, ist ein Verbrechen. Wieviel mehr noch um solch unwichtigen Pläne willen! Gerade wir Arbeiter stellen die weltgrößte Zahl der wirklichen Kämpfer, die mit ihrem Blut für den Kampf stehen. Wir sind auch die im Heimatsland am meisten Lebenden. Wir Metallarbeiter kennen aber auch die Herren am besten, die hinter dieser Annexionspropaganda stehen. Wir wissen genau, daß Vaterland für sie ihr eigener Geldbeutel ist. Und daß sie diesen Zwecken und Zielen alles opfern, nur sich selbst nicht.

Mit diesen Annexionsplänen ist es aber noch nicht am Ende. Man denke nur an die Aussichten, die folgender Satz eröffnet: „Selbst diese 60 bis 80 v. H. der Friedensleistung erreichende Rohföhrerzeugung wäre unmöglich gewesen, wenn die Franzosen unmittelbar nach der Kriegserklärung von ihrer Part an der Grenze liegenden Festung Longwy mit weittragenden Geschützen die hochragenden und gute Zielpunkte gebenden ausgedehnten Schacht- und Hüttenanlagen der luxemburgischen und lothringischen Eisenwerke hätten zusammen geschoben und sofort auch ihre eigenen nahe der Grenze gelegenen Berg- und Fabrikanlagen sprengen können.“ Wie diese Möglichkeit den Grund zur Annexion französisch-lothringens in zweiter Linie abgibt, so muß nach der Einverleibung auch dieses Gebiet gegen die Beschöpfung mit weittragenden Geschützen gesichert werden. Welche Aussichten eröffnet das, wenn wir uns die neue technische und chemische Erzeugnisse der mehr als 100 Kilometer weit lagernden Kanonen vergegenwärtigen! Wir müssen als Metallarbeiter und Friedensfreunde eine Unterstützung dieser Art Bestrebungen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Je eher, desto lieber muß ein Ende mit diesem Kriege gemacht werden. Mit jedem Tage längerer Dauer steigen die Kosten lakunenartig an. Schon jetzt ist unsere Zukunft auf Jahrzehnte belastet mit der Sorge um die Aufbringung der Milliardenkosten dieses Krieges. Wird er noch ins Uferlose verlängert, weil man den Nachbarn an ihre Lebensinteressen will, so sind Generationen verurteilt, den jetzigen Nutznießern des gewaltigen Ringens in harter Fronarbeit zu dienen und auch dies in die fernste Zukunft die Garantie für die Verzinsung und Abbezahlung der heutigen öffentlichen Lasten zu übernehmen. Dieselben Herren, die die Annexionen verlangen, verdienen mit jedem Tage ungeheure Summen an den Kriegslieferungen. Diese verwenden sie zum guten Teil zum Beziehen der Kriegsanleihen, zum andern Teil zur Stärkung ihrer Kampffonds gegen uns. Mit den Anweisungen auf einen großen Teil der jährlichen Mehrarbeit der Nation in der Tasche und den aus der gleichen Quelle stammenden Mitteln, die Arbeiterschaft brutal niederzuknüppeln und gefügig zu machen, können sie gewiß in die Zukunft sehen und uferlose Forderungen erheben. Sie und alle

steht diese sehr schlecht aus. Sie uns noch mehr verderben zu lassen, haben wir keine Ursache. Zwar können wir einzeln nicht viel in die Waage werfen. Geschlossen aber könnten wir immerhin auch diesen Größen allerlei abzwängen.

Anmerkung der Schriftleitung. Wir möchten die Ausführungen unseres Mitarbeiters noch dahin ergänzen, daß es noch gar nicht gewiß ist, daß nach dem Kriege eine größere Erzförderung eintreten muß. Jetzt geht zwar ein großer Teil des gewonnenen Eisens in Form von Granatplättern unwiderrbringlich verloren. Nach Friedensschluß hört dies aber doch auf. Ferner sind die bei den Eisenbahnen zu erneuernden Eisen- und Stahlteile doch nur an gewissen Stellen abgenutzt und in der überwiegenden Masse doch noch vorhanden. Sie können also mit verhältnismäßig geringem Verlust eingeschmolzen werden.

Rüftet euch!

Schon immer ist die Metallindustrie fürs deutsche Wirtschaftsleben von Wichtigkeit gewesen. Noch bedeutender ist sie im Kriege geworden. Als Werkstätte der Waffen und sonstigen Kampfmittel, die seit Jahren mächtige Gegner draußen niederhalten, ist sie zum Arbeitsfeld größerer Menschenmassen geworden als je zuvor. Aus fast allen Schichten der Bevölkerung schaffen hier hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen um des Volkes Sein. Ein großer Teil von ihnen hätte, wäre Frieden geblieben, wohl nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt. Der Krieg jedoch hat sie hineingezogen in die Industrie.

Da sind die zahlreichen Kleinmeister aus allen Gewerben, die deren einstige Geschäftstätigkeit kein Raum im Kriege ist. Ferner die vielen Handelsreisenden und Kaufleute, die früher mit überseeischen Waren Geschäfte machten, bessere Zeiten gesehen oder doch mindestens ein anderes Leben gelebt haben. Dann die jungen Söhne gefallener Väter, die ihres Fürsorgers beraubt, nun in der alten besseren Bahn nicht mehr weiter können, zum Industriearbeiter werden. Da ist weiter die erhebliche Zahl ländlicher Bewohner, die von außerhalb in die Rüstungsindustrie — halb als Industriearbeiter, halb als Landwirt — strömen. Und endlich die Kriegserwitwen und die Töchter des Volkes alle, deren Arbeitsfeld im Frieden Haus, Hof, Familie, Schreibstube und Kaufmann waren oder geworden wären. — Sie alle arbeiten jetzt Hand in Hand in der Rüstungsindustrie, sind Fabrikarbeiter geworden, und meistens auf für sie bis dahin unbekanntem, fremden Boden gestellt. Ein neues Leben mit neuen Aufgaben hat sich ihnen erschlossen.

Viele mögen hoffen, nach Beendigung des Krieges in die früheren, freundlicheren Verhältnisse zurückkehren zu dürfen, mögen auch glauben, in der jetzigen Stellung verbleiben zu können. Die meisten von allen werden enttäuscht bleiben. Denn was gewesen ist, kommt so genau nicht wieder. Der Sturm der Zeit hat manchen Standort im Wirtschaftsleben für immer zerstört. Das gleiche gilt den Volksgenossen im Felde. Jeder ist es Ehrenpflicht für jeden Unternehmer, alle in seinem Dienst Gewesenen, die dann das Leben noch haben, wieder an den alten Platz zu stellen. Deutschlands Städte und Fabriken sind Dank seiner Söhne und Wasser nicht verwüstet; alles steht noch am alten Platz unversehrt. Ob aber trotzdem alle Ueberlebenden ihr einst verlassenes Werk wieder aufnehmen und fortführen können? Niemand kann das sagen. Nur soviel ist gewiß: die Zurückkehrenden werden auf die Befehlsgebung der Arbeitsplätze den größten Einfluß ausüben.

Die Kriegswirtschaft von heute muß dann wieder in die Friedenswirtschaft umgestellt werden. Deutschland wird zunächst für seinen eigenen Bedarf arbeiten. Daneben muß es bemüht sein, Absatzgebiete für seine industriellen Erzeugnisse zu suchen. Kaufleute und Ingenieure müssen dann wieder hinaus in fremde Erdteile, Beziehungen, die der Krieg 1914 zerrissen, aufzunehmen und neu anzuknüpfen. Das wird nicht immer leicht und einfach sein. Ein Stoß hierbei auf Vertreter anderer Völker. Ein Wettstreit der Arbeit, neues, friedliches Ringen unter den Völkern beginnt um einen Sonnenplatz in der Welt. Keines will im Schatten stehen.

So bringt und brachte der Krieg mit seinen Folgen nicht nur eine Umgestaltung unserer Wirtschaft und Arbeit, sondern auch eine Umgestaltung unserer Arbeiterschaft. Ein neues Volk, gemischt durch Not und Nacht, wird dadurch werden. Neue Aufgaben schieben sich in unserer Wirkungskreis. Es gilt wieder zu leben, friedlich zu arbeiten, aber auch freier und glücklicher zu werden.

Die Grundlage von Freiheit und Glück ist wirtschaftlicher Wohlstand. Ohne ihn ist die Freiheit nur Schein. Die zärtlichsten Familienbände, Freundschaft, Liebe, sind immer getrübt, was nicht wirtschaftliches Wohl ist. Welcher Mensch könnte innere Ruhe, Glückseligkeitsempfindungen haben, dem Mittel und Zeit fehlen, durch Erholung in der freien Natur, an der Kunst, Wissenschaft und allem Schönen sich und die Seinen zu erquicken? Oder wer könnte gar glücklich sein in den Räten des Krieges? Oder aufziehen, wenn die Sorge um das täglich Notdürftigste das Innere bedrückt? Nur Klugköpfe, die Deutschlands Größe wahrlich nicht ausmachen, haben solche „Befähigung“, gute, strebsamen Menschen nicht. Ein Heinrich v. Kleist trieb vorwiegend die tägliche Sorge in den Tod, und Friedrich Schiller wurde erst glücklich und frei, konnte sich erst zur höchsten Vollkommenheit entfalten, als der damalige Dänenkönig durch Spende einer größeren Summe ihn seiner täglichen Sorgen entledigte, sein wirtschaftliches Dasein sichergestellt. Also, ohne wirtschaftlichen Wohlstand keine echte Freiheit, kein höchstes Glück.

Der Staat muß dem neuen Wirtschaftsleben die größte Fürsorge und Pflege angedeihen lassen. Schon bei Abschluß der Friedensverträge wird er bemüht sein müssen, die Grundlage für günstige Handelsverträge zu schaffen. Aber der Staat wird darüber hinaus das Kapital fördern und schützen. Nicht so gewiß das staatliche Schutzes ist die Arbeiterschaft. Sie muß sich mehr aus eigener Kraft einen ihr gebührenden Platz von Anfang an im neuen Wirtschaftsleben sichern. Dazu bedarf es der Zusammenfassung und des Aufgebots aller unserer

nicht nur diese Frage, sondern die Lohnfrage überhaupt, verbunden mit Ausdrücken über die Arbeitszeit...

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 27. April tagte im Volkshaus die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsgewerkschaft...

Schlichtungsausschuss vom 15. April 1918 wegen Erneuerung von Unorganisierten zu unabhängigen Vertretern...

Duisburg. Die Vierteljahrsgeneralversammlung im April war von über 400 Kollegen besetzt...

Essen. Am 28. April tagte im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses die Generalversammlung...

Erhalte Essen die Arbeitszeitverkürzung, dann könne sie im ganzen Industriegebiet den Arbeitern nicht mehr vorenthalten werden...

Essen a. E. Mit welchen Mitteln von dem Unternehmen darauf hingearbeitet wird, die Arbeiter vom Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband abzuhalten...

Rundschau

Reichstag. Eine ausführliche Darstellung der sozialpolitischen Erörterungen in der Vollversammlung des Reichstags...

